



CENTRUM STOSUNKÓW MIĘDZYNARODOWYCH
CENTER FOR INTERNATIONAL RELATIONS

MONITORING POLSKIEJ POLITYKI ZAGRANICZNEJ

ZWISCHEN SAMARA UND BRÜSSEL DIE POLONISCHE EUROPA- UND OSTPOLITIK IM JAHR 2007

ANTONI PODOLSKI

Diese Publikation ist im Rahmen des Projekts MONITORING DER POLNISCHEN AUßENPOLITIK entstanden. Das Projekt wird finanziert vom Trust for Civil Society in Central & Eastern Europe. Die Übersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche wurde aus den Mitteln der Konrad Adenauer Stiftung Warschau finanziert.

Publikacja powstała w ramach projektu:
MONITORING POLSKIEJ POLITYKI ZAGRANICZNEJ
Projekt jest finansowany przez
Trust for Civil Society in Central & Eastern Europe.



Trust for Civil Society
in Central & Eastern Europe

Einleitung

Die erste Hälfte des Jahres 2007 hat in der polnischen Europapolitik und in den bilateralen Beziehungen Polens viele wichtige Ereignisse und Entscheidungen gebracht, und das sowohl mit Blick auf die inneren Angelegenheiten der EU als auch mit Blick auf ihre Außenbeziehungen, insbesondere die mit Russland. Die Entscheidungen, die in diesen Fragen getroffen wurden, können weit reichende Folgen für die internationale Stellung Polens haben, vor allem in der Ostpolitik. Die vorliegende Analyse ist dem Handeln der polnischen Exekutive (Regierung und Präsident) auf dem Gebiet der Europa- und der Ostpolitik in diesem Zeitraum gewidmet, den erklärten und den wahrnehmbaren Motiven dieses Handelns sowie seinen Folgen, den gegenwärtigen wie auch den langfristigen.

Der EU-Gipfel vom Juni hatte über Erfolg oder Niederlage der Versuche der deutschen Ratspräsidentschaft zu entscheiden, die Frage der Pattsituation bei der Verfassung und der Handlungsunfähigkeit der EU zu lösen, die Europa nach dem Fiasko des vorangegangenen ehrgeizigen Versuchs drohte, den sog. Verfassungsvertrag einzuführen. Und auch wenn der Abbruch des Ratifizierungsprozesses durch das Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden verursacht worden war, so wurde doch Polen als einer der Hauptbremser bei den anschließenden Neu-

Verhandlungen angesehen. Der Grund hierfür war, dass man zunächst öffentlich erklärte, die Frage der Europäischen Verfassung werde als abgeschlossen betrachtet, um danach hastig immer neue Gegenvorschläge zum Angebot der deutschen Ratspräsidentschaft einzubringen, das von fast allen Mitgliedsstaaten unterstützt wurde.¹ Durch den nicht ganz klaren und für die europäischen Partner und die öffentliche Meinung nicht ganz verständlichen Inhalt der polnischen Vorschläge konnte man den generellen – vielleicht falschen – Eindruck gewinnen, dass die gegenwärtige Regierung in Warschau prinzipiell und aus ideologischen Gründen gegen eine Vertiefung und Verbesserung der europäischen Integration sei, besonders in der Version, die von Berlin vorgeschlagen wurde. Dass die polnische Haltung so wahrgenommen wurde, lag vor allem daran, dass der polnische Standpunkt nicht klar genug, unkoordiniert und unprofessionell nach außen dargestellt wurde. Auch wenn z.B. die Briten ernsthafte und wesentlich grundlegendere Vorbehalte gegenüber dem Verfassungsentwurf äußerten, so blieb in den Medien das Odium des europäischen Bremsers an Polen haften. Andererseits kann man den Schluss ziehen, dass die uneinheitlich agierenden diplomatischen Vertreter sowie die in der europäischen Frage wirkungslose Informationspolitik der polnischen Regierung die Konsequenz aus dem Fehlen eines klaren

¹ So war es u. a. bei der polnischen Forderung nach Einführung der sog. Quadratwurzel als Grundlage für die Stimmgewichtung bei Abstimmungen. Sie wurde spät eingebracht und unzureichend beworben, ohne die öffentliche Unterstützung der Staatengemeinschaft zu erhalten. Anschließend wurde sie gleich zu Beginn des Brüsseler Gipfels zu Gunsten des vorher nicht von der polnischen Regierung eingebrachten Vorschlags verworfen, das System von Nizza um 10 Jahre zu verlängern.

Konzepts und einer klaren Strategie zum Verfassungsvertrag war.

Europapolitik – zwischen Ideologie und Innenpolitik

Die Ziele und Inhalte der polnischen Außenpolitik auszumachen und anschließend in der Öffentlichkeit und in diplomatischen Kreisen darzustellen, ist eines der wichtigsten Probleme, die die Position Polens schwächen. Einer der häufigen Vorwürfe gegenüber dieser Politik ist, dass in ihr Probleme, die im Grunde zweitrangig sind, übermäßig betont würden, dass sie zuweilen gar emotional sei und auf populistische Weise historisiere.² Solcherlei Vorwürfe werden nicht nur von polnischen Kommentatoren geäußert, sondern ebenso häufig auch, in mehr oder weniger objektiver oder boshafter Form, von Medien im Ausland, die Ausdruck von innerhalb der politischen und diplomatischen Eliten ihrer Länder vorherrschenden Meinungen sind. Dies wiederum ruft auf polnischer Seite eine noch größere Nervosität hervor, die paradoxerweise mit der Überzeugung einhergeht, dass eine solche Kritik von außen nur die Richtigkeit der Diagnose bestätigt, die der Außenpolitik der PiS zugrunde liegt.

Es ist nicht weiter wichtig, in wie weit diese Diagnose im Fall von führenden Politikern der PiS rational oder irrational ist, da für die Bewertung der polnischen Politik, vor allem für unsere Partner im Ausland, ihr Verstehen wichtig ist. Unabhängig davon nämlich, in wie weit es ihre Gegner in Frage stellen, dass

² Solche Vorwürfe kamen z.B. infolge des polnischen Vetos gegen die Aufnahme von Gesprächen mit Russland zu

Mechanismen der Weltpolitik und der europäischen Politik durch die in Polen regierende Partei eingehalten werden, so wird dies kaum praktische Auswirkungen auf die Wirksamkeit der polnischen Außen- und v. a. der Europapolitik haben. Zudem haben alle Anschuldigungen, dass jene Ausgangsdiagnose irrational sei, bei ihren Anhängern bisher eine enorme Empfindlichkeit und das Ablehnen jeglicher weiterer Diskussion hervorgerufen.³ Oft war die Antwort auf Kritik an den Regierenden vielmehr reich an Vorwürfen verschiedenster Art, die die Anständigkeit, die Absichten und gar den Patriotismus der Kritiker der Europapolitik der Regierung in Frage stellten und sie z.B. als *Partei der weißen Fahne* bezeichneten.

Wie also sieht zusammengefasst jene Diagnose der Politiker aus, die Polen seit zwei Jahren regieren? Sie geht von der mehrfach in verschiedenen offiziellen Äußerungen des Präsidenten und des Premierministers vertretenen Überzeugung aus, dass die nach wie vor gegensätzlichen nationalen Interessen einzelner Staaten ein entscheidender Faktor in der internationalen Politik sind und dass dieser Faktor auch in der Europäischen Union noch verstärkt wird. Doch während eine solche Tendenz bei den Befürwortern einer Intensivierung der europäischen Integration Beunruhigung hervorruft und zum Gegensteuern mobilisiert, so hat sie bei den derzeit in

einem neuen Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit auf.

³ Hier soll an den Vorsitzenden der Sejm-Kommission für Auswärtige Angelegenheiten und stellvertretenden Vorsitzenden der PiS, Paweł Zalewski, erinnert werden, der öffentlich im Kreis der Kommission Fragen zum Verlauf der Verhandlungen in Brüssel sowie zum Handeln des von Ministerin A. Fotyga geführten polnischen Außenministeriums gestellt hatte und dafür fast aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Warschau Regierenden den gegenteiligen Effekt – man kann hier von einer besonderen Art der Genugtuung über jedes wahrgenommene Anzeichen für eine Renationalisierung der europäischen Politik sprechen.⁴ Eine solche Renationalisierung, ein Schwächen der integrativen Tendenzen in der Union zu Gunsten einer Stärkung der Rolle der Nationalstaaten ist – wie man in diesem Umfeld meint – offensichtlich und nur wer naiv ist oder gar ein Verräter aus der „Partei der weißen Fahne“, übersieht dies.

Der zweite Bestandteil der oben erwähnten Diagnose ist die Überzeugung, dass das nationale Potential Polens, das wirtschaftliche wie vor allem das politische und vielleicht auch das militärische, nicht vollständig genutzt wird. Dieses Potential, das aufgrund der kommunistischen Unfreiheit nicht genutzt worden war, muss entfaltet werden, damit Polen den Abstand zu den Staaten, die ihre Chance in den Nachkriegsjahren genutzt haben, aufholen kann. Erst ein gefestigter Nationalstaat mit einem herausgebildeten Gefühl für Patriotismus, Stolz und einem nationalem Interesse seiner Elite und Gesellschaft, mit einer starken Volkswirtschaft, einem Bankwesen und anderen strategischen Wirtschaftszweigen (ebenso mit Armee und Geheimdiensten) kann ein ebenbürtiger, seinen Ambitionen, seinem Bevölkerungspotential und seinem Staatsgebiet entsprechender Partner und Teilnehmer der europäischen Integration sein. Führende Politiker und Berater der Regierung sowie des Präsidenten haben mehrfach die Meinung

⁴ Diese Ansicht vertrat u. a. einer der stellvertretenden Außenminister bei einem Seminar im CSM, das sich mit

geäußert, dass Polen noch zu schwach sei, um sich bei der Vertiefung der europäischen Integration gleichberechtigt einzubringen, zu schwach, um es dem politischen freien Markt in Europa ohne seinen eigenen schützenden Übergangszeitraum auszusetzen, der für eine Reform und das Herausbilden von Strukturen eines neuen Staates notwendig ist – der sog. Vierten Republik. Daher wäre dieser Logik nach zumindest bis zur Beendigung des Baus der Vierten Republik die europäische Integration eher zu verlangsamen als zu beschleunigen, es sei denn, dass sie unter Berücksichtigung von polnischen Forderungen gestaltet würde, die blockierenden Charakter haben, wie z.B. der Forderung zum Abstimmungsmodus. Würde Polen die Möglichkeit garantiert, alle Vorschläge blockieren zu können, die seinem Verständnis nach nicht im Einklang mit der polnischen Staatsraison stehen, dann könnte Polen sogar einen neuen, gekürzten EU-Reformvertrag ratifizieren, da er die europäische Integration sowieso nicht gegen den Willen der polnischen Regierungselite voranbringen würde.

Kritiker – und davon gab es sowohl in Europa als auch in Polen nicht wenige – haben daher angemerkt, dass die Hauptursache für die unklare, passive und gleichzeitig in ihrer Wortwahl kämpferische Haltung der polnischen Regierung, die sich wenig um andere Meinungen kümmerte, Ideologie und vor allem das Misstrauen gewesen sei, dass eine gemeinsame europäische Politik – ob Außen-, Sicherheits- oder Energiepolitik – die Erwartungen Polens nicht nur nicht erfülle und seine nationalen Interessen nicht schütze,

einer möglichen Renationalisierung der Außenpolitik

sondern sie auf einigen Gebieten geradezu bedrohe. Diese Bedrohung würde sich vor allem aus der Gefahr ergeben, die häufig bei der Propaganda im eigenen Land betont wurde: dass die EU und ihre Politik von Deutschland dominiert seien, was durch den neuen Abstimmungsmodus der sog. doppelten Mehrheit formell hätte gekrönt werden sollen.

Als Beweis für diese Befürchtungen wurden zahlreiche mehr oder weniger zutreffende Beispiele angeführt. So sollte die Ostsee-Pipeline nicht nur ein Beispiel für den deutschen Egoismus sein und dafür, dass Berlin eine Moskau gegenüber traditionell nachgiebige Politik führe, sondern sie sollte auch ein Beispiel für das Fehlen einer EU-Politik zur Energiesicherheit sein. Die Beziehungen zu Moskau, vor allem herzliche bilaterale Kontakte europäischer Spitzenpolitiker zum russischen Präsidenten, sollten ein Beispiel für die egoistische, separatistische und unsolidarische Einstellung der alten Mitglieder der Union gegenüber den neuen Mitgliedsländern sein. Der in Warschau Ungeduld hervorrufende deutliche Unwille der EU, die europäischen Ambitionen der Ukraine zu unterstützen, sollte wiederum ein Beweis für die Kurzsichtigkeit, den Egoismus, die Naivität und erneut die Nachgiebigkeit gegenüber Russland sein. Daher sagte die polnische Regierung „Nein“ zu einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, zur Einrichtung eines EU-Außenministers und letztlich zum gesamten Vertrag, indem sie mit einem weiteren Veto drohte.

Deutschlands beschäftigte.

Aus diesem Grund schlug sie statt einer aktiven Zusammenarbeit bei der Erarbeitung einer europäischen Politik zur Energiesicherheit die sog. Energie-NATO vor, d.h. den berühmten Vertrag der Musketiere. An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass auch das polnische sog. Fleisch-Veto, das die Verhandlungen zu einem neuen Partnerschaftsvertrag mit Russland unterbrochen hatte, sowohl als Versuch interpretiert wurde, die polnischen Handelsinteressen gegenüber Moskau zu verteidigen, als auch als warnende Geste gegenüber der EU, als Ausdruck der Ablehnung der bisherigen Praxis, die Interessen der neuen und der alten Mitglieder nicht gleich zu behandeln.

Im Sinne der sog. „Politik des selektiven Integrationismus“⁵, die ihren Erfindern nach die Grundlage der neuen polnischen Europapolitik bilden soll, gilt es die Bereiche eindeutig festzulegen, die nicht in die Zuständigkeit der EU fallen. Ein solcher Bereich soll nach Meinung der Anhänger dieser Theorie „zunächst“ die Außenpolitik sein, da heute und in naher Zukunft eine solche Integration mit dem enormen Risiko verbunden wäre, dass eine gemeinsame Außenpolitik unter dem Diktat der größten EU-Staaten oder gar Deutschlands geführt würde. Abgerundet wurde dieses Konzept durch das Nein zur Schaffung des Postens eines EU-Außenministers.⁶ Wie und

⁵ Marcin Libicki: „Unia zmiennych sojuszy“ [dtsch.: Union der wechselnden Bündnisse], GW Nr. 29/2006 zitiert nach <<http://www.europartner.com.pl/czytaj.php?jaki=398&archiw.>

⁶ Zur Erinnerung: Das im Entwurf der EU-Verfassung vorgeschlagene Amt des sog. EU-Außenministers hatte unter anderem die Aufgabe, die komplizierte Struktur der Interessenvertretung der EU nach außen zu vereinheitlichen und zu ordnen. Geschehen sollte dies, indem die bis dahin getrennten Posten des Kommissars für Außenbeziehungen (derzeit Kommissarin Benita Ferrero-Waldner) und des in den Regierungsstrukturen verankerten Generalsekretärs

warum eine gemeinsame europäische Außenpolitik den polnischen Interessen hätte schaden sollen, ist bisher, abgesehen vom Schlagwort des „Diktats der größten Staaten“ nicht erläutert worden.

Es lohnt sich daran zu erinnern, dass dem so sehr kritisierten Verfassungsvertrag zufolge in einigen grundlegenden Bereichen, darunter auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, das Prinzip der Mehrheitsabstimmung, das so viele Kontroversen hervorgerufen hat, keine Anwendung findet und dass in diesen für die Nationalstaaten so wichtigen Bereichen das Prinzip der Einstimmigkeit aufrecht erhalten wird. Und wenn doch auf sehr begrenztem Gebiet, das keine grundlegenden Bereiche betrifft, nach Zustimmung aller Staaten eine Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip durchgeführt werden könnte, dann wurde die Schwelle, die zum Fällen von Entscheidungen nötig ist, von 55 Prozent plus ein Land auf 72 Prozent der Mitgliedsländer angehoben. Man muss zum Schluss kommen, dass die derzeitige Regierung offensichtlich davon ausgeht, dass die größten Länder der EU, allen voran Deutschland, trotz der Vorschriften in von ihnen ratifizierten Dokumenten und trotz der Haltung der anderen Mitgliedsstaaten Wege finden würden, dieses angebliche Diktat umzusetzen, und dies trotz der festgeschriebenen Forderung nach Einstimmigkeit. Auch sollte hier daran erinnert werden, dass eine der grundlegenden Vorschriften des Verfassungsvertrags, die die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

des Rats der Europäischen Union/ Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (derzeit Javier Solana) in dieser einen Person vereint würden. Er würde an der Spitze des Europäischen Auswärtigen Dienstes stehen,

betrifft und deren Beitrag zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, der in Polen wohl zu wenig bekannte Artikel 41, Absatz 7 ist, der die für uns so wichtige Bündnisklausel beinhaltet, die das Vorgehen der Mitgliedsländer im Fall eines eventuellen Angriffs auf eines von ihnen betrifft.

Ebenfalls lohnt sich zu festzustellen, dass in den oben dargestellten Meinungen ein logischer Widerspruch steckt. Wenn Polen nämlich stark genug ist, um selbstständig und völlig souverän eine wirkungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, besonders im Osten, was den fehlenden Bedarf an Unterstützung durch die EU auf diesem Gebiet rechtfertigen würde, dann hätte es gleichzeitig aus eben diesem Grund die Bezeichnung als einer der „größten Staaten der EU“ verdient, nicht nur aufgrund seiner Größe und Bevölkerungszahl, sondern auch wegen seines politischen Potentials. D.h. es müsste sich nicht vor einer Vergemeinschaftlichung der Außenpolitik fürchten, da es Mitglied des Kreises wäre, der diese „diktiert“, wie unsere Euroskeptiker suggerieren. Wenn jedoch die Autoren des polnischen Konzepts der selektiven Integration Polen nicht in diesem Kreis der größten und einflussreichsten Staaten Europas sehen, dann stellen sie damit auch seine Fähigkeit in Frage, in der modernen Welt eine effektive Außenpolitik zu verfolgen.

Diese Diagnose, der ein sehr traditionelles Verständnis von Patriotismus zu Grunde liegt, führt zu der Überzeugung, dass der Integration in die europäischen Strukturen nicht vollends günstige Bedingungen zu Grunde gelegen

der die Keimzelle eines europäischen gemeinsamen

haben, dass die Privatisierung des angeblich enorm wertvollen staatlichen Vermögens, darunter der Medien und der Banken, verfrüht oder ungünstig gewesen sei und das dieses Vermögen durch die verfrühte Öffnung des Marktes in die Hände fremder Eigentümer gefallen sei. Sie führt auch zu der Überzeugung, dass traditionell verstandene Aspekte nationaler Sicherheit, die sich auf ein starkes eigenes Verteidigungspotential stützt, wichtig seien.⁷

Man muss jedoch klar sagen, dass ein solches Verständnis der Situation und der Entwicklungsperspektiven Polens nicht bedeutet, Polens Zugehörigkeit zur EU in Frage zu stellen. Diese wird jedoch vollkommen instrumental verstanden als eine der Finanzierungsquellen dafür, zivilisatorischen Rückstand aufzuholen, jedoch nicht als politisches Projekt, das an sich attraktiv ist.⁸

Dabei wäre es unter europäischem Gesichtspunkt letztlich unbedeutend, wie polnische Politiker das nationale Interesse Polens verstehen, wenn sie nicht ihre eigene Ideologie und Phraseologie auf die angeblichen Handlungsmotive anderer Staaten projizieren würden. Verkürzt gesagt ist dies die Überzeugung, dass andere europäische

diplomatischen Dienstes darstellen würde.

⁷ „Natürlich könnte man, würde man die Welt aus der Vogelperspektive betrachten, sagen: wofür Streitkräfte? Doch bis ans Ende aller Tage würde sich herausstellen, dass sie notwendig sind. Vielleicht wird es irgendwann einmal eine Welt geben, in der sie nicht notwendig sein werden, aber jetzt noch nicht. Polen muss eine Armee haben, die seiner Rolle als sechstgrößter Staat der Europäischen Union entspricht, auch der als eines der größten Länder der NATO“, so Präsident Lech Kaczyński auf einer Pressekonferenz nach einer Beratung der Führungsschichten des Verteidigungs- und des Außenministeriums Polens:
<http://www.bbn.gov.pl/?lin=2&gal=1&idtext=896>.

Politiker im Grunde ähnlich denken und handeln wie sie und dass das traditionell und eng gefasste nationale Interesse den Horizont der politischen Führungen anderer EU-Staaten bestimmt und begrenzt.

Die derzeitige Regierung Polens scheint durch das Projizieren ihrer eigenen Ansichten z. B. die Rolle zu überschätzen, die sie der deutschen Regierung zuschreibt, wenn es um jegliche Art von Polen gegenüber ungünstigem oder wenig freundlichem Vorgehen der deutschen Geschäftswelt geht, um Kommentare in den Medien, um das Handeln von unabhängigen Organisationen oder gar von Einzelpersonen. Paradoxerweise schafft eine solche Weltsicht eine bessere Ausgangsposition für Gespräche mit russischen Politikern, die die Mechanismen der heutigen Welt ähnlich wahrzunehmen scheinen. Allerdings haben diese dabei von den polnischen grundverschiedene Interessen und schreiben den Meinungen, die in polnischen Medien vertreten werden, Absichten der Regierung in Warschau zu. Die Regierung der Volksrepublik Polen konnte, ähnlich wie die anderer totalitärer Staaten, nie die Wahrheit akzeptieren, dass kritische Zeitungsartikel oder Radiosendungen der BBC, intervenierende Auftritte des internationalen PEN-Clubs oder von Amnesty International unabhängig von Regierungen sind. Indem sie sich von Vorurteilen leiten lässt, tritt die jetzige Regierung unbewusst in alte Fußstapfen.

Eine solche spezifisch polen-zentrierte Herangehensweise an internationale

⁸ Regierungserklärung von Premierminister Jarosław Kaczyński im Sejm am 19.07.2006:
http://www.kprm.gov.pl/1433_18017.htm.

Fragenstellungen ist nicht nur von ihrer Art her negativ (man wirft anderen, vor allem den Deutschen, versteckte ideologische Motive vor, wo diese vollkommen pragmatisch bzw. zufällig handeln oder unabhängige Ereignisse bzw. Umstände zusammenkommen), sondern sie taucht auch in Situationen auf, in denen die polnische Regierung etwas Positives in eine internationale oder europäische Debatte einbringen will. So war es im Fall des berühmten Pakts der Musketiere, auch Energie-NATO genannt: Der Vorschlag ging mit seinem paramilitärischen Charakter vorbei an den damaligen europäischen Diskussionen und marktfreundlichen Vorschlägen zu einer gemeinsamen Energiepolitik, die auf eine Liberalisierung des Energiemarkts abzielten. So ist es auch im Moment, wenn die polnische Führung Medienberichten zufolge die Einrichtung einer europäischen Armee als die wichtigste Frage der europäischen Integration ansieht und nicht z.B. die Frage nach der Zukunft des Verfassungsvertrags. So ist es auch beim hartnäckigen Werben für eine Erweiterung der EU gen Osten bei gleichzeitigen, immer entschiedeneren Warnungen der übrigen Mitgliedsstaaten, dass dies nicht möglich sein wird, ohne interne Fragen zu lösen, darunter vor allem die der bereits erwähnten Verfassung.⁹

Doch nicht nur die polnische Regierungselite tut sich schwer damit, die Absichten und Ziele der Außenpolitik der europäischen Partner richtig zu verstehen. Das bereits erwähnte nationale Interesse hat in Polen derzeit eine völlig andere, ideologisch-historische Färbung, eine eher

⁹ Dahingehend haben sich u. a. der Vorsitzende der Europäischen Kommission, die deutsche Bundeskanzlerin oder auch der belgische Premierminister geäußert.

praktisch-wirtschaftliche hingegen in Deutschland oder auch Frankreich. Das für die derzeitige polnische Regierung typische starke Betonen der Rolle der historischen nationalen Gemeinschaft, der Kirche, der aktiven Rolle des Staates und des zentralisierten Staatsapparats, anti-liberale Äußerungen und sogar ein Vorgehen gegen sexuelle oder kulturelle Minderheiten sowie die Nähe zu Radio Maryja werden bisweilen zugespitzt als Streben nach Autoritarismus interpretiert. Die Motive und Ziele des Handelns der polnischen Regierung werden falsch verstanden, was Vereinfachungen Vorschub leistet, die helfen sollten, das polnische Phänomen zu verstehen, indem man sich auf aus der Geschichte bekannte extreme politische Strömungen bezieht.¹⁰

Der negative Tenor dieser Erscheinungen wird verstärkt durch die fehlende Kommunikation der neuen Regierungselite, die sich nicht aus ihrem ideologischen Umfeld herausbewegt, mit den meinungsbildenden Milieus, der Intelligenz, den Fachleuten, mit Akademikern sowie mit der Mehrheit der Medien, die über solche Tendenzen beunruhigt sind.¹¹ Dies ist nicht nur Ergebnis politischer Gegensätze, sondern auch, sagen wir mal, weltanschaulicher oder intellektueller, ja gar kultureller.

¹⁰ Derartige Befürchtungen wurden häufiger von Medien als von offiziellen Regierungsorganen oder Politikern geäußert. Solche Artikel sind zu Polen vor allem in der Financial Times sowie der deutschen und der französischen Presse erschienen. Einen hierfür typischen Kommentar gab im August der von Bundeskanzlerin Merkel dafür später gerügte Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte, Günter Nooke (CDU), ab. Er warnte davor, dass Polen eine Gleichschaltung drohe – eine erzwungene Vereinheitlichung von Meinungen, ein Terminus, der zum Beschreiben der Situation im Dritten Reich verwendet wird (GW 21.08.2006).

¹¹ Die Erfahrungen des CSM und anderer Zentren dieser Art zeigen, dass Politiker der Regierungskoalition bis auf wenige Ausnahmen Seminare und Konferenzen meiden, die von

In dieser Situation fehlender Kommunikation beginnen nicht Tatsachen eine Rolle zu spielen, sondern Absichten, Mutmaßungen, Gerüchte und manchmal sogar Vorurteile, persönliche Animositäten oder solche des Umfelds. Die aggressive, oftmals äußerst verflachte und „popularisierte“ Ideologisierung der Außenpolitik, die als ein weiterer Bestandteil der PR angesehen wird, hat die unvermeidliche Reaktion der Gegenseite hervorgerufen, nicht nur aus dem Kreis der rein politischen Opposition. Argumente werden durch eigentümliche Bekundungen des Glaubens an den Vorsitzenden oder das Programm einer Partei ersetzt, dadurch dass man den eigenen Patriotismus betont bzw. den des Gegners bestreitet oder durch mal mehr, mal weniger unverblühte Beleidigungen. Beide Seiten des politischen Streits haben aufgehört mit einander zu reden, schlimmer noch – die apolitische, von Expertentum geprägte Mitte ist verschwunden: Jeder muss, bewusst oder durch die Macht der Ereignisse gedrängt, Stellung beziehen oder wird einer der beiden Seiten zugeordnet.¹²

Einrichtungen außerhalb ihres ideologischen Umfelds organisiert werden – obwohl sie eingeladen wurden.

¹² Dies war die Reaktion des Präsidenten, des Premierministers und von Politikern der PiS auf den Brief der acht ehemaligen Außenminister, unter denen sowohl postkommunistische Politiker waren, solche aus dem post-Solidarność-Lager wie auch unpolitische Experten (Władysław Bartoszewski, Włodzimierz Cimoszewicz, Bronisław Geremek, Stefan Meller, Andrzej Olechowski, Dariusz Rosati, Adam Daniel Rotfeld und Krzysztof Skubiszewski). Am weitesten ging beim Angriff auf sie der stellvertretende Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, der sie als ehemalige sowjetische Agenten bezeichnete: „ (...) ein Teil dieser Personen war Mitglied der PVAP, dieser sowjetischen Teilungsmacht. Und die meisten von ihnen waren in der Vergangenheit Agenten der sowjetischen Geheimdienste. (...) Bei diesem ihrem Handeln muss man auch das Handeln nach außen berücksichtigen. Das kann man nicht außen vor lassen, vor allem wenn man die Skala der Schädlichkeit ihres Tuns für den Staat berücksichtigt. Hier hatten wir es mit einer kollektiven Tat zu tun, die als das Handeln von Menschen von verschiedenen Seiten des politischen Spektrums dargestellt wurde, obwohl tatsächlich alle die Interessen postsowjetischer Strukturen vertreten

Bis zu den Gipfeln in Samara und Brüssel schien also die wichtigste Grundlage der Europapolitik der polnischen Regierung zumindest Euroskepsis oder / und das Nicht-Verstehen des Wesens der europäischen Integration zu sein. Man schien der Überzeugung zu sein, dass jede Beschleunigung und Konkretisierung auf diesem Gebiet eine Gefahr für das spezifisch, recht archaisch verstandene polnische nationale Interesse darstelle – sowohl verstanden als Interesse des Staates wie auch (nach Auffassung des Koalitionspartners LPR) gar als Gefahr für das Bestehen des Volkes, dessen moralische Gesundheit von den liberalen Plagen bedroht sei, die sich im Westen ausbreiten. Die europäische Rechtsprechung und die geplanten Regulierungen standen immer deutlicher verschiedenen Plänen der Regierung im Weg, die ihrerseits als restriktiv oder konfrontativ empfunden wurden, wenn es um die Befugnisse des Nationalstaats und der Politik gegenüber den eigenen Bürgern ging: die Beschleunigung der moralischen Revolution, des Kampfes mit Seilschaften, der Entkommunisierung [d.h. das Entfernen von ehemaligen Mitgliedern des kommunistischen Machtapparats aus dem öffentlichen Leben, Anm. d. Ü.], der Lustration [d.h. die Überprüfung von Personen auf eine frühere Tätigkeit für die kommunistischen Geheimdienste, Anm. d. Ü.] usw. usf. Natürlich hatte und hat eine solche Herangehensweise an die europäische Integration einen wichtigen innenpolitischen

haben. Fast alle, denn dabei gibt es das dramatische Problem, dass auch Herr Bartoszewski darunter war. Eine Sache, die ich bis heute nicht begreifen kann.“ GW, 21.08.2006).

Aspekt, der mit dem politischen Kalkül der regierenden Partei und der Orientierung an einer speziellen Wählerschaft verbunden ist. Daher kommt der – vielleicht falsche – Eindruck, dass die regierende Partei in Wirklichkeit keine Außenpolitik im eigentlichen Sinne verfolgt, sondern sie einzig als ein Element der Innenpolitik, ja gar als Werkzeug im permanenten Wahlkampf ansieht. Natürlich gibt es solche Phänomene auch in anderen Ländern, in Polen jedoch ist dies besonders deutlich und schädlich für das internationale Ansehen des Staates, da seit mindestens vier Jahren jede neue Regierung das Gefühl hat, ein Provisorium zu sein und so gut wie jeder Monat politische Spannungen und Krisen hervorbringt, die zu vorgezogenen Wahlen führen können.

Eine besondere Kategorie stellt hier das völlige Außerachtlassen dessen dar, welche Folgen es nicht nur für den Ruf Polens in der Welt, sondern auch für die Möglichkeit hat, eine nach transatlantischem und europäischem Maßstab effektive Außenpolitik zu verfolgen, wenn in der polnischen Regierung extrem nationalistische, quasi-katholische Fundamentalisten vertreten sind, die in den polnischen Medien und im Ausland gemeinhin als Sympathisanten und Erben von fremdenfeindlichen und sogar faschistischen Traditionen bezeichnet werden.

Zwischen Russland und Deutschland ...

Auch die Beziehungen zu Russland und Deutschland werden durch diesen innenpolitischen Aspekt belastet. Man hat den Eindruck bekommen können, dass das lange Schweigen Polens zu den deutschen Vorschlägen dieses Jahres zur Belebung der

Verfassungsdebatte außer erklärten taktischen Gründen in großem Maße einen innenpolitischen, polnischen Kontext hatte. Dieser ist mit der Rivalität um die „(politisch) rechte Herrschaft über die Seelen“ und die Unterstützung des Medienkonzerns von Pater Rydzyk verbunden, die angesichts des permanenten Risikos von vorzeitigen Neuwahlen besonders wertvoll ist. Natürlich können sich die Politiker der regierenden Partei in offiziellen oder diplomatischen Gesprächen oder in Interviews im Ausland von diesen schlechten Tendenzen distanzieren, können versichern, dass dies nur Taktik sei und dass im Grunde weder der Premierminister, noch der Präsident oder die Außenministerin anti-europäische oder anti-deutsche Vorurteile hätten. Bloß dass die darauf folgenden Wochen weitere öffentliche Äußerungen gebracht haben, die negative Erscheinungen im öffentlichen Leben Deutschlands oder in der deutschen Wirtschaftspolitik generalisierten und vereinfachten und die generell den Sinn der bisherigen Politik einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit wie auch den Patriotismus von deren polnischen Teilnehmern in Frage stellten.

Die Beziehungen zu Russland hingegen zeigen Möglichkeiten für eine gemeinsame Europapolitik. In früheren Zeiten schienen die größten Mitgliedsstaaten der EU tatsächlich allzu nachgiebig zu sein und die Folgen der spezifisch russischen Politik der Ungleichbehandlung der alten und neuen EU-Mitgliedsländer nicht nur zu akzeptieren, sondern sie auch zu unterschätzen, und sie zogen in Betracht, wie es ihnen Moskau suggerierte, dass sich die neuen EU-Mitglieder

von irgendwelchen post-kolonialen Komplexen etc. leiten lassen würden. Diese Politik Schröders oder Chiracs war bis zum Gipfel in Samara ein einigermaßen treffendes Beispiel für die Bedrohungen, die z.B. eine Außenpolitik mit sich bringen könnte, in der Polen kein Handeln blockieren können würde, das seine Interessen missachtet oder ihnen sogar zuwiderläuft. Nur wäre dies, wenn man die Rechte der Nationalstaaten berücksichtigt, keine gemeinsame Politik. Wären die EU-Regierungschefs in Samara eventuell vom Solidaritätsprinzip abgewichen, so hätte dies die Chance auf einen Kompromiss beim EU-Reformvertrag praktisch begraben, indem es Warschau ein mehr als berechtigtes Argument dafür gegeben hätte, sein Nein zum Kompromiss aufrechtzuerhalten. Ganz entscheidend geholfen hat auch Präsident Putin mit seiner Politik, die in Europa und der Welt immer größere Vorbehalte hervorruft. Nach Samara gab es diesen Vorwand nicht mehr, weshalb sowohl die öffentliche Meinung in Europa als auch in Polen von der Regierung in Warschau mehr Kompromissbereitschaft in der Frage der Verfassung erwartete. Denn wenn die wirkliche Ursache für die taktische und nicht strategische Europaskepsis der polnischen Regierungselite nicht Ideologie, sondern ernsthafte Sorge vor einer zu großen Nachgiebigkeit der EU gegenüber Russland und der fehlende Glaube an eine europäische Solidarität gewesen war, dann hätte der Gipfel in Samara die Regierung und den Präsidenten Polens deutlich beruhigen können.

Auch scheint es so, dass paradoxerweise – wenn auch aus vollkommen unterschiedlichen

Motiven – sowohl in Warschau wie auch in Moskau die veränderte Einstellung der politischen und wirtschaftlichen Eliten Europas gegenüber Russland, das Ende der Ära Schröder, Berlusconi und Chirac unterschätzt wurde. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler, der von Gazprom bezahlt wird und offen die wirtschaftlichen und politischen Interessen Russlands verteidigt, kompromittiert wie kein anderer die Idee einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und Deutschland, indem er diese Frage durch sein Engagement zu gewöhnlichem Lobbyismus macht. Die Affäre um die Ermordung des ehemaligen FSB-Offiziers, aber, was wichtig ist, auch britischen Staatsbürgers Alexander Litwinienkos oder der Tod der in westlichen Medien beliebten Journalistin Anna Politkowskaja waren der Beliebtheit Russlands ebenfalls nicht zuträglich, ähnlich wie verschiedene eindeutig als aggressiv und konfrontativ aufgenommene Reden des russischen Präsidenten bei verschiedenen internationalen Gipfeltreffen oder in Russland selbst. Auch die Versuche russischer Oligarchen, westliche Betriebe mit strategischer Bedeutung teilweise oder sogar ganz zu übernehmen – und dies nicht nur auf dem Energiesektor (z.B. der diskrete Kauf eines ansehnlichen Aktienpakets des europäischen Konzerns EADS durch europäische Börsen) –, unterstrichen die Glaubwürdigkeit von u. a. aus Polen kommenden Warnungen vor einer zu großen Abhängigkeit vom russischen Partner und vor dem Legitimieren seiner undemokratischen Regierungsmethoden. Das systematische Einstellen von Rohstofflieferungen an unbeugsame Nachbarn,

geheimnisvolle Schäden an Rohrleitungen, Feuer in Raffinerien, Angriffe von Hackern auf estnische Institutionen, Anzeichen dafür, dass die anti-estnischen Ausschreitungen von Hooligans in Tallin und Moskau auf Geheiß der obersten Führungsschichten Russlands stattgefunden hatten und schließlich die Vielzahl von Ausweichmanövern gegenüber den EU-Mediatoren sowie die vielen absurden Vorwürfe in der Frage des polnischen Fleisches – all dies genügte, um die EU-Regierungschefs dazu zu bringen, eine spezifische Warnung an die russische Regierung zu richten. Dies umso mehr, als gleichzeitig auf der anderen Seite der Waagschale die Zukunft der europäischen Integration und ein eventuelles weiteres polnisches Veto lag, dieses Mal in der Frage der EU-Verfassung.

Der EU-Kompromiss – Erfolg oder Niederlage?

Jetzt, nach den Gipfeln in Brüssel und Samara, hat sich gezeigt, dass die EU nicht nur in der Lage ist, einen Kompromiss im Inneren zu erzielen, sondern auch nach außen solidarisch aufzutreten. Sie schafft es, sich über Partikularinteressen ihrer größten Mitgliedsstaaten hinwegzusetzen und in Brüssel einen effektiven Kompromiss auszuarbeiten, wie auch in Samara gemeinsam gegenüber Moskau aufzutreten, um solche Staaten wie Polen, Estland oder Litauen zu verteidigen, selbst wenn nicht alle Mitglieder der Gemeinschaft die Beweggründe oder gar die Richtigkeit dieser Haltung gegenüber Moskau teilen. Vor allem das Ergebnis des Gipfels in Samara war eine positive Überraschung für die polnische

Regierung und hat wohl eine gewisse Änderung ihrer Haltung oder vielmehr Strategie bewirkt, deren Ergebnis eine doch größere Kompromissbereitschaft einen Monat später in Brüssel war.

Gestärkt durch den Brüsseler Erfolg hätte die polnische Regierung – hätte es nicht das oben erwähnte Primat der Innenpolitik und der Vorwahlkampfpropaganda gegeben – die außergewöhnliche Chance gehabt, nicht nur den Erfolg ihrer – beabsichtigten oder auch nicht – Politik der Wiederbelebung der europäischen Solidarität und der europäischen Ostpolitik zu feiern. Europapolitisch befand sie sich in einer fast ausweglosen Situation: Sie hatte einen Verhandlungserfolg verkündet, die polnischen Forderungen (auch die zum System von Nizza) waren in großem Maß erfüllt worden und fast alle in Europa erwarteten, dass sich Polen in der praktischen, alltäglichen Europapolitik revanchieren würde, erwarteten von der Regierung und dem Präsidenten Polens eine größere Kompromissbereitschaft und mehr Aktivität. Andererseits hat der Brüsseler Kompromiss, der vielleicht zu schnell als einseitiger Erfolg Polens dargestellt wurde, die fast einhellige Kritik der Opposition hervorgerufen – sowohl der parlamentarischen (der Platforma Obywatelska – PO, dtsh. Bürgerplattform) wie auch der regierungsinternen (Liga Polskich Rodzin – LPR, dtsh. Liga der polnischen Familien; Samoobrona, dtsh. Selbstverteidigung). Die PO warf der Regierung vor, sie habe zu schnell auf das sog. Quadratwurzelssystem bei der Stimmgewichtung verzichtet, die LPR meinte, die Regierung habe durch die Zustimmung zu

einem neuen Reformvertrag polnische Interessen verraten. Im Verlauf der Regierungskrise, über die die Koalition zerbrach, rief dies übrigens die entschiedene Reaktion von Premierminister Kaczyński hervor, der mit sofortiger Wirkung den stellvertretenden Außenminister von der LPR entließ, der Außenministerin Anna Fotyga kritisiert hatte.¹³

Gäbe es nicht den bereits erwähnten innenpolitischen Faktor, der wie auch immer geartete mutigere Wendungen in der Europapolitik bremsen würde, könnten Regierung und Präsident – natürlich wenn sie den Willen dazu hätten – zeigen, dass man ihnen zu Unrecht anti-europäische Handlungsmotive und Vorurteile vorwirft. Dass diese schlimmstenfalls bereits der Vergangenheit angehören und dass sie jetzt bereit seien, sich mit Blick auf das strategische Interesse sowohl Polens als auch ganz Europas aktiver als bisher am Bau des europäischen Projekts zu beteiligen. Dass die Regierung die früher in Betracht gezogene Idee einer erneuten Wiederverhandlung der Brüsseler Vereinbarungen zum sog. Mechanismus von Joanina aufgegeben hat und die von der portugiesischen Ratspräsidentschaft geleistete weitere Arbeit an der Verfassung akzeptiert, gibt diesbezüglich Anlass zu Hoffnung.

Dies ist umso wesentlicher, als es eine reelle Chance dafür gibt, dass die von Polen so sehr geforderte EU-Ostpolitik in größerem Maß als bisher unseren Blickwinkel berücksichtigt. Gleichzeitig war es eine weitere Illusion und ein Fehler darauf zu setzen, dass die anderen

unsere Prioritäten zu 100% berücksichtigen, was eine recht paradoxe Folge haben könnte: das Entstehen einer EU-Ostpolitik, jedoch unter der führenden Rolle eines anderen Staates, der als weniger schwierig und streitsüchtig wahrgenommen wird – z.B. Rumänien im Fall der sog. Schwarzmeer-Synergie der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die außer Weißrussland sämtliche ehemaligen sowjetischen Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres umfasst.

Bedrohlich für die polnische Politik ist auch das verheerende Triumphergehebe gegenüber Russland. Für's erste hat die russische Regierung ein deutliches Signal dafür bekommen nicht zu versuchen, die EU zu spalten und auch ihr wirtschaftliches und politisches Engagement in dem Gebiet zu mäßigen, das sie zu Recht oder auch nicht als ihren Einflussbereich ansieht. Damit sie zur Kenntnis nimmt, dass ihre ehemaligen Satelliten und die früheren Mitgliedsstaaten der UdSSR vollwertige Mitglieder der Europäischen Union sind. Wenn jedoch die Regierung in Moskau aus dieser Tatsache Schlüsse zieht – und Flexibilität angesichts von Widerstand ist ein deutliches Merkmal der russischen Diplomatie – dann kann die derzeitige Abkühlung der europäisch-russischen Beziehungen eine vorübergehende sein, und ganz bestimmt wird sie nicht bedeuten, dass die polnische oder baltische Perspektive in der Politik gegenüber Russland vollends berücksichtigt wird. Umso mehr, als Russland nach wie vor ein gefragter und wichtiger, weil einigermaßen stabiler und berechenbarer potenzieller Partner beim Lösen von mehr oder weniger wahrscheinlichen Krisen an den Ostgrenzen der EU oder in den

¹³ IAR, PAP, 28.07.2007.

Beziehungen zum Iran ist, denn es ist – trotz der jüngsten Turbulenzen – ein nach wie vor wichtiger und einigermaßen glaubwürdiger Lieferant von Rohstoffen, die Europa benötigt. Selbst wenn Polen durch den Erfolg in Samara gestärkt wurde, wird es nicht in der Lage sein, dies zu ändern. Die Fleischkrise hat auch die traurige Wahrheit offenbart, dass Polen allein für den Kreml nicht unbedingt zählt, es zählt für ihn jedoch Polen als Mitglied der EU.

Im Osten...

Es gibt noch einen Aspekt, an den die Befürworter einer vollkommen eigenständigen Politik – nicht unbedingt nur Ostpolitik – ohne die EU denken sollten. Ein Polen, das sich in einer anderen politischen Situation befinden und nicht durch zermürbende innere Kämpfe gebeutelt würde, könnte eine führende Kraft bei der pro-europäischen Transformation östlich unserer Grenzen sein. Es könnte weiterhin für seine Nachbarn auf ihrem Weg hin zu freier Marktwirtschaft und liberaler Demokratie die Rolle eines Führers einnehmen. Es ist jedoch anders und die tatsächliche Möglichkeit der polnischen Außenpolitik, Einfluss auszuüben – und dies nicht nur im Osten –, wird immer geringer. Aufgrund der polnischen Innenpolitik ist nämlich ein wichtiger Einflussfaktor Polens auf die postsowjetischen Regierungseliten verschwunden: der von Polen als gelungenem Beispiel für eine spezifische Systemkonvergenz. Polen wurde nämlich bis vor kurzem östlich des Bugs als Beispiel für die am besten gelungene Transformation eines totalitären Staates hin zu einem demokratischen mit freier Marktwirtschaft angesehen. Eines der Elemente, die für die postsowjetische wirtschaftspolitische

Nomenklatur sowie auch für die des Militärs und der Geheimdienste attraktiv waren (wenn auch für uns am wenigsten ansprechend), war die Tatsache, dass sich ihre polnischen Pendant nahtlos und zu günstigen Bedingungen im neuen Staat wieder fanden. Genau dies war der Grund dafür, dass Präsident A. Kwaśniewski während der sog. Orangen Revolution als Vermittler innerhalb der zerstrittenen ukrainischen Nomenklatur so attraktiv war. Im Moment jedoch, in einer Zeit von Vorhaben mit der Vergangenheit abzurechnen, von Lustration, Entkommunisierung, Degradierungen und Rentenkürzungen für die Nomenklatur wäre die Glaubwürdigkeit eines eventuellen polnischen Mediators oder Nachhilfelehrers für das weißrussische Regime nur gering. Diese „Verhärtung“ der polnischen Außenpolitik fällt zusammen mit zahlreichen personellen Veränderungen im diplomatischen Dienst Polens. Teils ergibt sich dies aus dem natürlichen politischen Kalender (der Botschafter),¹⁴ teils ist dies biologisch begründet (ein Teil der Generation der Diplomaten aus der Zeit nach der Volksrepublik geht in den Ruhestand), größtenteils ist dies jedoch mit der

¹⁴ Der Sprecher des polnischen Außenministeriums, Paweł Dobrowolski, hat die Entscheidung des Ministers in einer offiziellen Erklärung wie folgt begründet: „1. Die neue Regierung der Republik Polen nimmt eine Überprüfung der Führungskader des Staates vor. Bezüglich des Außenministeriums betrifft diese Prozedur die Führungsstellen in diplomatischen Vertretungen. Dieser Prozess ist langfristiger Natur. 2. Die neuen Anforderungen an die polnische Außenpolitik sowie die Rationalisierung der personellen Ressourcen des Ressorts bewirken, dass wir Personen, die zur Arbeit in der Zentrale des Außenministeriums zurückkehren, andere Aufgaben anvertrauen werden. 3. Wir sehen es gleichzeitig als in keinsten Weise rechters an, dass Personen, die in der Vergangenheit mit den Geheimdiensten und dem Parteiapparat der PVAP verbunden waren, den Posten eines Botschafters Polens innehaben. Sie haben das Vertrauen der Regierung der Republik Polen verloren, die für die Gestaltung der Außenpolitik verantwortlich ist.“ (www.msz.gov.pl)

politischen Doktrin des Regierungslagers verbunden (Lustration, Entkommunisierung).¹⁵

So nehmen daher innerpolnische politische und geschichtliche Abrechnungen – unabhängig von ihrer moralischen Berechtigung – Polen eines der wichtigsten Instrumente für eine Ostpolitik, die wir die Politik der vorbildlichen Konvergenz gegenüber der postkommunistischen, postsowjetischen Nomenklatur nennen wollen. Denn es fällt schwer zu glauben, dass sich dort ein Erfolg erreichen lässt, wenn man sich an der demokratischen Opposition orientiert, die für's erste über keine wirkliche gesellschaftliche Unterstützung verfügt.

Das oben genannte Problem wird besonders gut an der Situation in der Ukraine sichtbar. Man sieht deutlich, dass die Möglichkeit der amtierenden polnischen Regierung, die Situation in der Ukraine zu beeinflussen, viel geringer ist als zu Zeiten der Vorgängerregierung und des vorherigen Präsidenten. Der Vorschlag von Präsident L. Kaczyński, im Konflikt zwischen Präsident und Premierminister der Ukraine zu vermitteln, verhalte ungehört, umso mehr als der Premierminister öffentlich bekundete, er sympathisiere mit dem Lager der „Orangenen“. Damit begrenzte er die Möglichkeit, auf das Vorgehen des Lagers der „Blauen“ von Premierminister Janukowitsch Einfluss zu nehmen, auch nach wahrscheinlichen siegreichen Wahlen. Dabei muss betont werden, dass zur gleichen Zeit der vorherige Präsident Polens, Aleksander Kwaśniewski, Gespräche in

Kiew führte, die wohl etwas zu optimistisch als Teil einer Mediation dargestellt wurden. Doch auch er hatte den dortigen Machthabern nichts Konstruktives anzubieten, da hinter ihm, anders als im Jahr 2004, weder die Stärke Polens, noch die der Europäischen Union stand, sondern lediglich persönliche Tugenden, persönliche Beziehungen und Erfahrung. Es ist jedoch eine allzu halsbrecherische Mission, in der Ukraine für die Attraktivität des polnischen Kompromisses vom Runden Tisch zu werben, wo dieser offiziell in Polen in Frage gestellt wird und Kwaśniewski selbst wie auch andere Teilnehmer gebrandmarkt werden. Eine ähnliche Gesetzmäßigkeit wird man sicherlich bei der sich zuspitzenden Krise in Weißrussland beobachten können, wo die polnische Seite deutlich auf eine der Gruppen der weißrussischen, übrigens gespaltenen, Opposition setzt und dabei über begrenzten Handlungsspielraum gegenüber dem Umfeld des derzeitigen Präsidenten verfügt.

Natürlich wäre es absurd zu behaupten, dass in Polen die einzige Kraft mit Einfluss auf die Eliten im Osten die „reformierte“ Nomenklatur sein kann, die momentan aus dem polnischen Verwaltungsapparat verschwunden ist. Die zwar verspätete und für die Nachbarn wenig ermutigende Entkommunisierung der staatlichen Strukturen wäre nicht so ein Ballast für die Ostpolitik, wenn Polen, wie erwähnt, in der Lage wäre, als ein Land aufzutreten, das in der Mitte der Politik der EU vertreten wäre, und nicht am Rand oder gar als Nachhut („Bremser“). Wir müssen unseren östlichen Nachbarn gegenüber nämlich entweder – und am besten zugleich – als nicht nur für die dortige Gesellschaft

¹⁵ Dieses Motiv soll Medienberichten zufolge der Grund für das Austauschen der Botschafter in Berlin, Rom und Kopenhagen gewesen sein, die eine Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Volksrepublik Polen zugegeben hatten.

ermutigendes Beispiel eines demokratischen und pro-europäischen Wandels auftreten, sondern auch für die Nomenklatur als Beispiel für eine gelungene, einigermaßen schmerzlose Systemtransformation, die nicht im Gefängnis oder mit gekürzter Rente endet. Wenn sich jedoch einerseits die amtierende Regierung vom Erfolg der polnischen Transformation lossagt und die europäische Integration in Farben darstellt, die fast so schwarz sind wie die Propaganda von Lukaschenko, und sich andererseits die postsowjetische Nomenklatur beim Betrachten der Schicksale ihrer polnischen Kollegen überlegt, ob es tatsächlich in ihrem Interesse liegt, deren Weg zu folgen, dann sind die Mittel der Einflussnahme merklich begrenzt.

Schlussfolgerungen

- Die Außenpolitik ist in Polen zu einem von vielen Feldern der innerpolnischen politischen Konfrontation geworden, einem Feld gar, das in besonderem Maß demagogisch, populistisch und aggressiv ist. Im Ergebnis ist ein überparteilicher Konsens ähnlich dem der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts unmöglich, und dies vor allem aufgrund des Fehlens gemeinsamer Ziele und somit auch der Voraussetzungen für ihre Umsetzung.

- Je näher das Ende der Amtszeit von Parlament und Präsident heranrückt, desto mehr wird die sich zuspitzende politische Auseinandersetzung negativen Einfluss auf die Gestaltungs- und Umsetzungsmöglichkeiten der polnischen Außenpolitik haben und die eventuelle Bereitschaft der jetzigen Regierung zu Kompromissen einschränken – sowohl bei

den Beziehungen innerhalb der EU, vor allem zu Deutschland, als auch bei denen zu Russland.

- Radikale politische Projekte wie Entkommunisierung, das Entfernen von Angehörigen des Sicherheitsdienstes aus dem öffentlichen Leben sowie die allumfassende Lustration schränken die Attraktivität Polens als Führungskraft und Initiator von Reformen hin zu Demokratie und Marktwirtschaft im Osten deutlich ein, da sie die bisherigen Grundlagen der polnischen Transformation und deren Erfolg in Frage stellen.

- Die instabile politische Situation in Polen und besonders der permanente Vor-Wahlkampf wirken sich negativ auf die inhaltliche Gestalt und die Darstellungsform der strategischen wie auch der taktischen Ziele der polnischen Außenpolitik aus und machen es manchmal sogar unmöglich, dass sie v. a. von Partnern aus dem Ausland klar erkannt werden.

- Die Feststellung, dass einzelne Mitgliedsstaaten der EU eigene Interessen haben, sollte nicht bedeuten, die Zweckmäßigkeit einer Vertiefung der europäischen Integration zu bestreiten. Abgesehen von außergewöhnlichen, übrigens nicht nur von Polen kritisierten Situationen werden die nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten gerade auf dem Weg der EU umgesetzt – und nicht gegen sie. Daraus lässt sich schließen, dass Polen ähnlich vorgehen könnte, wenn es auf diesem Gebiet Souveränität erreichen würde, die gemessen wird an der Fähigkeit zusammenzuarbeiten und inhaltliche und rationale Bündnisse einzugehen,

nicht aber ideologische und aus bloßem Wunschdenken bestehende. Ein Polen jedoch, das als anti-europäisch, unkooperativ und kulturell verschieden wahrgenommen wird (da es Fremdenfeindlichkeit oder auch Antisemitismus toleriert), besitzt nur eingeschränkte Koalitionsfähigkeit in Europa.

- Da die politischen Eliten der Länder im Osten die Schwäche Polens wahrnehmen, suchen sie Fürsprecher und Schirmherren in Brüssel oder in den jeweiligen Hauptstädten großer Staaten, besonders in Berlin und in Paris, jedoch nicht in Warschau. Dies schwächt unsere Position in der Europäischen Union als Quelle sowohl von Analysen als auch von realistischen politischen Vorschlägen für die gesamte EU auf dem Gebiet der Ostpolitik.

- Die Schwächung der Position Polens in der Europäischen Union und die tatsächliche Isolation der derzeitigen Regierung verringert auch unsere Attraktivität als Bündnispartner der Vereinigten Staaten. Die Zustimmung zu Teilen des Raketenschutzschildes auf seinem Staatsgebiet bindet Polen natürlich enger an die USA, es vergrößert jedoch nicht die Möglichkeiten, auf Partner in der EU Einfluss in pro-atlantischer Richtung zu nehmen. Und

hieran ist Washington in besonders großem Maß gelegen.

Postskriptum (23. August 2007)

Die vorliegende Analyse wurde kurz vor der jüngsten Krise, dem endgültigen Auseinanderbrechen der Koalition und der Ankündigung von Neuwahlen verfasst.

Die Möglichkeit einer baldigen neuen Regierungsbildung eröffnet auch für die Außenpolitik neue Perspektiven. Unter einer Bedingung: dass die negativen Erfahrungen des derzeitigen Ansatzes zur Wahl außenpolitischer Ziele und der Mittel zu ihrer Verfolgung durchdacht werden.

Präsident Lech Kaczyński und Premierminister Jarosław Kaczyński betonen übereinstimmend, dass die Interessen Polens infolge ihrer „durchsetzungsstarken“ Politik in Europa nicht mehr übergangen werden können. Die größte Absicherung dagegen, dass irgendwelche wesentlichen, wirklich strategischen Interessen Polens übergangen werden, ist eine aktive und von ihrer Art her positive Teilnahme an der Politik der Europäischen Union.

Antoni Podolski, studierte Geschichte an der Warschauer Universität. Von 1991-1996 im Amt für Staatsschutz. 1996-1999 Leiter des Auslandsprogramms des Polnischen Radios. 1997-1999 Stipendiat der NATO. 1999-2001 Unterstaatssekretär im Ministerium für Innere Angelegenheiten und Verwaltung. 2000-2001 Co-Vorsitzender der Kommission für grenznahe Zusammenarbeit (polnisch-russische, polnisch-litauische, polnisch-weißrussische, polnisch-ukrainische). Autor einer Vielzahl von Artikeln zu den Themen nationale Sicherheit, Außenpolitik, europäische Integration, zur russischen Problematik sowie den Sicherheitsdiensten in den Tageszeitungen Gazeta Wyborcza (dtsch. Die Wahlzeitung), Życie (dtsch. Das Leben), Rzeczpospolita (dtsch. Die Republik), in der Wochenzeitschrift Gość Niedzielny (dtsch. Der Sonntagsgast) und der Vierteljahresschrift Polska w Europie (dtsch. Polen in Europa).



CENTRUM STOSUNKÓW MIĘDZYNARODOWYCH
CENTER FOR INTERNATIONAL RELATIONS

ul. Emilii Plater 25

00-688 WARSZAWA

tel.: (+48 22) 646 52 67, 646 52 68

fax: (+48 22) 646 52 58

e-mail: info@csm.org.pl

www.csm.org.pl